

# SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 1 / Januar 2009 · Ausgabe Bayern / Hessen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: [kontakt@sovde.de](mailto:kontakt@sovde.de)

## Die Pflegeversicherung soll künftig mehr leisten

Expertenbeirat beschäftigt sich mit Reform

Seite 4

## Bündnis fordert Angleichung des Rentenwertes (Ost)

Fachtagung von Gewerkschaften und Sozialverbänden

Seite 5

## Therapiehunde vermitteln Kranken Lebensfreude

Vierbeiner besuchen alte und demenzkranke Menschen

Seite 7



Finanzierungslücken bereits zum Start des Gesundheitsfonds

## Höhere Kosten für gesetzlich Versicherte

Mit dem neuen Jahr tritt der Gesundheitsfonds in Kraft. Ab dem 1. Januar 2009 gilt für alle gesetzlich Krankenversicherten ein einheitlicher Beitragssatz von 15,5 Prozent. Für viele Menschen wird ihre Gesundheitsversorgung damit teurer als bisher. Vor allem auf die ungleichmäßige Verteilung der Lasten bei der Finanzierung der Gesundheitsreform hat der SoVD wiederholt hingewiesen. Deshalb wird sich der Verband auf politischer Ebene auch weiterhin für das Modell einer Bürgerversicherung einsetzen, in die alle Versicherten entsprechend ihrer individuellen ökonomischen Leistungsfähigkeit einzahlen.

Unabhängig davon bietet der SoVD seinen Mitgliedern Unterstützung und Orientierung: Was sich für Sie konkret mit dem Gesundheitsfonds ändert und was nicht, lesen Sie in der aktuellen Ausgabe der SoVD-Zeitung.

Auch nach der Einführung des Gesundheitsfonds bleibt die gesundheitliche Versorgung kranker Menschen im gleichen Rahmen wie bisher gewährleistet. Mit dem neu geschaffenen Fonds ändert sich zunächst allein die Verteilung der Gelder innerhalb des Gesundheitssystems. Das bedeutet konkret, dass mit Beginn des Jahres 2009 alle gesetzlich Versicherten den gleichen Beitragssatz bezahlen, unabhängig davon, bei welcher Krankenkasse sie versichert sind. Von dieser Regelung ausgenommen sind Mitglieder privater Krankenversicherungen. Neben den Beiträgen von Arbeitgeber- und Versichertenseite fließen auch Steuermittel in den Gesundheitsfonds. Für 2009 beträgt diese Summe vier Milliarden Euro. Dennoch zeichnet sich bereits jetzt eine Finanzierungslücke ab, die laut einer Prognose des Schätzerkreises der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) rund 440 Millionen Euro beträgt. Für die Versicherten bleibt dieses Defizit im laufenden Jahr ohne direkte Folgen, da der Bund dem Gesundheitsfonds hierfür ein Dar-

lehen bereitstellt. Damit soll sichergestellt werden, dass die Kassen im Startjahr des Gesundheitsfonds ihr Geld bekommen. Bereits 2010 allerdings muss dieses Darlehen zurückgezahlt werden. Dafür müssen die Kassen und letztendlich auch die gesetzlich Versicherten geradestehen. Nach Ansicht des Spitzenverbandes der GKV liegt es an der Politik, zu entscheiden, ob dies über einen höheren Einheitsbeitrag oder über Zusatzbeiträge der Versicherten kompensiert wird. Da der einheitliche Beitragssatz laut Gesetz zumindest für die kommenden zwei Jahre konstant bleiben soll, ist zu befürchten, dass auf die zweite Möglichkeit zurückgegriffen wird.

Das wäre fatal, denn nach Ansicht des SoVD werden die gesetzlich Versicherten bereits jetzt übermäßig hoch belastet: Neben bestehenden Zuzahlungen, Kosten für rezeptfreie Medikamente oder Sehhilfen sowie einer Praxisgebühr tragen sie im



Karikatur: Hubbe

**Aus dem Gesundheitsfonds erhalten Krankenkassen für Versicherte mit kostenintensiven Krankheiten höhere Zuwendungen als für gesunde Mitglieder. Bedenklich dabei ist, dass dies nur für eine eingeschränkte Gruppe vorab festgelegter Krankheitsbilder gilt.**

Rahmen des Beitragssatzes zusätzlich einen Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent. Darüber hinaus können die Kassen von den Versicherten bei Bedarf einen Zusatzbeitrag verlangen, der bis zu einem Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes betragen kann.

Anders als bei dem vom SoVD propagierten Modell einer Bürgerversicherung stellt dies keine gerechte Beitragserhebung im Sinne einer Solidargemeinschaft dar. Zusätzliche Kosten werden einseitig auf die Beitragszahler umgelegt, ohne etwa die Arbeitgeberseite anteilig an den Mehraufwendungen zu beteiligen. Wiederholt hat der SoVD eine ausreichende Steuerfinanzierung gefordert, die neben versicherungsfremden Leistungen auch fehlende Einnahmen der GKV ausgleicht.

Wenn mit der Einführung des Gesundheitsfonds somit vorerst auch keine Verschlechterung auf der Leistungsseite zu verzeichnen ist – besser wird es für die gesetzlich versicherten Menschen in Deutschland auch nicht. Mit der Neuverteilung der Gelder über den Fonds werden die grundsätzlichen Finanzierungsprobleme der Gesetzlichen Krankenversicherung zumindest nicht gelöst. Besonders ärgerlich stimmt in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Experten frühzeitig vor Finanzierungsproblemen gewarnt hatten. Sie haben leider Recht behalten: Der Auftakt zu dem politischen Projekt „Gesundheitsfonds“ ist misslungen. jb

**Was ändert sich konkret – Fragen und Antworten zum Gesundheitsfonds auf Seite 2**

## Blickpunkt

Der Gesundheitsfonds ist mit dem 1. Januar 2009 Realität. Bereits jetzt zeichnet sich jedoch ein erhöhter Finanzbedarf der Krankenkassen ab, den diese anderweitig kompensieren müssen – die Erhebung eines Zusatzbeitrages scheint vorprogrammiert. Versicherte müssten in diesem Fall zusätzlich bis zu einem Prozent ihres beitragspflichtigen Einkommens aufbringen, ohne, dass sich der Arbeitgeber daran beteiligt.



Damit würden neben dem bestehenden Sonderbeitrag, den Zuzahlungen im Krankheitsfall und anderen Ausgaben (etwa für die Praxisgebühr, rezeptfreie Arzneimittel oder Brillen) weitere Kosten auf die Versicherten umgelegt. Da eine Erhöhung des einheitlichen Beitragssatzes durch die Bundesregierung unwahrscheinlich ist, besteht die Gefahr, dass es nicht bei einer Begrenzung des Zusatzbeitrages auf ein Prozent bleibt, während der Arbeitgeberbeitrag eingefroren wird. Damit würde eine sogenannte „Gesundheits(Kopf-)prämie“ sozusagen durch die Hintertür eingeführt: Steigende Ausgaben der GKV werden nicht solidarisch finanziert, sondern müssen letztlich allein von den Versicherten getragen werden.

**Klaus Kirschner,  
Mitglied im  
Sozialpolitischen Ausschuss**

## Anzeige

**Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.**

### Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Haben Sie Interesse: 040/ 63 76 27 62

[www.ovg.hamburg-mannheimer.de](http://www.ovg.hamburg-mannheimer.de)

mit der Organisation für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

## Wenn auch der Vollzeitjob zum Leben nicht reicht...

Immer mehr Menschen arbeiten den ganzen Tag und verdienen trotzdem so wenig Geld, dass sie zusätzliche staatliche Hilfe benötigen. Einer neuen Datenreihe der Bundesagentur für Arbeit (BA) nach ist die Zahl der Berufstätigen, die trotz eines Vollzeitjobs zur Sicherung des Existenzminimums Arbeitslosengeld II beziehen, auch 2008 gestiegen. Und dies, obwohl die Zahl der arbeitslosen Hartz-IV-Empfänger insgesamt gesunken ist. Ein Widerspruch? Nicht zwangsläufig. Denn offenbar haben die staatlichen Zuzahlungen zu einer Ausweitung des Niedriglohnsektors beigetragen. Manche Arbeitgeber nutzen die Not arbeitsloser Bewerber schlichtweg aus: Weil diese bereit sind, für weniger Geld zu schlechteren Bedingungen zu arbei-

ten, stellen Unternehmen verstärkt Niedrigverdiener ein, die ihren knappen Lohn mit Hartz IV aufbessern müssen. So steigt die Zahl der „Aufstocker“.

Wie entmutigend und entwertend muss es für die Betroffenen sein, in Vollzeit zu arbeiten, mit den von ihnen entrichteten Beiträgen zur Sicherung des Sozialstaates beizutragen und gleichzeitig auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein?!

Dieser Teufelskreis sozialer Ungerechtigkeit muss durchbrochen werden. Der Erwerbstätigenzuschuss darf nicht weiterhin den Anreiz bieten, Löhne zu drücken. Der flächendeckend verankerte Mindestlohn könnte dem einen Riegel vorschieben. Damit der Job künftig für alle zum Leben reicht! veo